Ressort: Politik

Lobbyisten erklären gesetzlicher Rente den Krieg, ich fordere Rentenfrieden

DIE LINKE

Berlin, 26.06.2021, 18:47 Uhr

GDN - Ich finde es unverantwortlich, wie die Union mit den Hoffnungen der Menschen spielt. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass die Rente sicher ist
Ich fordere die demokratischen Parteien deshalb auf, sich noch vor der Bundestagswahl zu einem ‚Rentenfrieden' zu verpflichten.

Erst der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums und das Institut der Deutschen Wirtschaft, jetzt das ifo-Institut - immer mehr Lobbyisten erklären der gesetzlichen Rente den Krieg. Und die Union wirft Nebelkerzen. Noch im April hat Armin Laschet festgestellt, dass die Lebensarbeitszeit steigen müsse. Jetzt rudert er zurück. Glaubwürdig ist das nicht. Ich finde es unverantwortlich, wie die Union mit den Hoffnungen der Menschen spielt. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass die Rente sicher ist.

Ich fordere die demokratischen Parteien deshalb auf, sich noch vor der Bundestagswahl zu einem ‚Rentenfrieden' zu verpflichten und ausdrücklich zu erklären, dass sie zukünftig das Renteneintrittsalter nicht anheben und die Renten nicht kürzen werden.
Die angeblichen Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung, die bemüht werden, um ein höheres Renteneintrittsalter zu begründen, sind ideologischer Bluff. Der derzeitige Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung mit 18,6 Prozent liegt auf dem niedrigsten Stand seit 1993

Und wenn endlich alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherungen einzahlen würden, also auch Politikerinnen, Anwälte und Beamte, dann könnte die Rente auf Jahrzehnte hinaus sicher gemacht werden, eingeschlossen ein höheres Rentenniveau und ein reguläres Eintrittsalter von 65 Jahren.
Bereits die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre bedeutet für viele Beschäftigte nichts anderes als eine Rentenkürzung durch die Hintertür.

Denn die Altenpflegerin oder der Fliesenleger können gar nicht solange in ihren Beruf bleiben. Dafür sind ihre Arbeitsbedingungen viel zu belastend. Wenn jedoch Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen das gesetzliche Rentenalter nicht erreichen, müssen sie gezwungenermaßen mit Abschlägen früher in Rente gehen. Eine weitere Anhebung des Rentenalters würde die Not der Betroffen verschlimmern. Das müssen wir unbedingt verhindern.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-123596/lobbyisten-erklaeren-gesetzlicher-rente-den-krieg-ich-fordere-rentenfrieden.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: M.Nowitzki

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. M.Nowitzki

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com